

DIE WIRKUNG DER MEDIEN WIRD OFT
ÜBERSCHÄTZT. NICHT DIE MEDIEN,
SONDERN DER PERSONALE KONTAKT,
DAS GESPRÄCH ZUM MENSCHEN
IST ENTSCHEIDEND.

Konrad Weiß

Veränderung in Haltung und Verhalten eines Menschen führen oder ein Umdenken auslösen, also kathartisch wirken. Das Theater – die Medien als „moralische Anstalt“ im Sinne Schillers – das mag für Medienmacher ein Traum sein. Aber Realität ist das nicht. Ganz gewiss wird niemand zum Mörder oder zum Heiligen, weil er einen Film gesehen, eine Sinfonie gehört, ein Gedicht gelesen hat – und seien sie noch so berührend.

Im Einzelfall wird allerdings die wiederholte und andauernde Beeinflussung oder Indoktrination durch Medien nachhaltig wirken – insbesondere dann, wenn ein anderes Korrektiv (eine alternativ denkende Gruppe, eine moralische Institution, ein Glaube) oder eben Meinungsvielfalt fehlt. Besonders anfällig sind dann Menschen, die keine gefestigten Anschauungen und Überzeugungen haben, oder die ungeübt und unkritisch im Umgang mit Medien sind. Letzteres trifft sicher auf sehr viel mehr Menschen zu, als allgemein angenommen wird, auch in Deutschland. Da es auch bei uns nur eine äußerst rudimentäre Medienerziehung in den Schulen gibt, sind wohl auch hierzulande die meisten mediale Analphabeten – trotz eines massenhaften Medienkonsums. Dieser Massenkonsum mag alle möglichen sonstigen Konsequenzen und Folgen haben, aber er schafft weder Frieden noch verursacht er Krieg. Dafür sind allein Menschen verantwortlich, nicht Medien.

Zur Rolle der Medien in der Demokratischen Republik Kongo

Achille Mutombo

Unter Mobutu waren Rundfunk und Fernsehen Instrumente für die Propaganda der Einheitspartei. Vor den Fernsehnachrichten sah man eine ab-surde Szene: Mobutu, der aus den Wolken herabkam. All das war mit Liedern begleitet, die die Heldentaten Mobutus besangen – Beendigung der Sezession und der Unruhen der 1960er Jahre, Verstaatlichung der Industrie, die in ausländischen Händen war usw.

Seit der Liberalisierung der Medien gibt es zahlreiche private Radio- und Fernsehsender. Leider tragen viele von ihnen zur Verblödung der Bevölkerung bei. Sie strahlen vor allem Musik, Tänze, Predigten nach amerikanischer Art aus.

Die Attraktivität dieser Sendungen für viele Kongolesen ist erstaunlich. Viele selbsternannte Fernseh-Pastoren (zum Beispiel Fernando Kutino und Maman Olangi) ohne den Hauch einer ernstzunehmenden theologischen Ausbildung beschäftigen die Menschen den ganzen Tag mit ihrem Programm. Mit Versen aus der Bibel garnieren sie ihr Programm mit dem Versprechen von Gesundheit, Glück und Reichtum. Die geistliche „Gehirnwäsche“ geht so weit, dass diese Prediger sich mit den Beiträgen ihrer Zuhörer teure Reisen nach Europa und Amerika erlauben. Viele von ihnen werden aus den USA finanziert. Die Meinung, Gott allein habe einen Plan zur Rettung Kongos, breitet sich immer mehr aus. Hinter diesen geheimnisvollen „Plan“ kommen nur diejenigen, die viel beten – und viel spenden.

Terminologische Annäherungen

5.1 Deutsch-jüdisches und israelisch-palästinensisches Verhältnis

Reiner Bernstein

Versöhnung muss von den Menschen selbst geleitet werden, deshalb sollten wir Europäer keine zu hohen Ansprüche stellen und Versöhnungsprozesse nur begleiten.

Sind die deutsch-jüdischen und die israelisch-palästinensischen Konflikterfahrungen und die Bemühungen zur Mediation und zur Versöhnung auf die

Probleme in Zentralafrika übertragbar? Nur eines scheint festzustehen: In Begegnungen mit südafrikanischen Sympathisanten des African National Congress (ANC) in den siebziger Jahren sowie mit Israelis und Palästinensern wird deutlich, dass die Unterstützung ihrer Angelegenheiten erwünscht ist, nicht aber Vorschläge zur Lösung autochthoner Konfliktlagen.

Doch davon abgesehen, dass sich Geschichte nicht wiederholt, aus ihr jedoch gelernt werden kann, handelt es sich im Herzen Afrikas um die Rivalität von ethnischen Gemeinschaften innerhalb eines Staates sowie um zwischenstaatliche Konflikte, deren Ursprünge vor, in und nach der europäischen Kolonialzeit liegen. Dagegen gilt für das Leben der Juden in Europa, dass das Spannungsverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit zunächst in der theologischen Entfremdung der Kirche von ihren jüdischen Wurzeln begründet war, bis es in der Neuzeit immer stärker in ökonomische, soziale und rassistische Komponenten mündete, ohne jedoch religiöse Ursprünge verleugnen zu können. Seither wurde der Begriff ‚Anti-Judaismus‘ als Kennzeichnung religiöser Antipathien und Ressentiments zunehmend vom Begriff ‚Antisemitismus‘ abgelöst, der sich auf eine biologische Komponente berufen will, wonach ‚die Juden‘ eine ‚minderwertige Rasse‘ seien.



Israelisch-palästinensischer Begriff

Dagegen handelt es sich bei dem israelisch-palästinensischen Konflikt zunächst um einen von mehreren Territorialkonflikten im Nahen Osten, bei dem das Souveränitätsgefälle zu Lasten des palästinensischen Volkes auffällig wurde. Dieses führt auf den Krieg von 1947/48 zurück, als sich die demographischen Mehrheitsverhältnisse im britischen Mandatsgebiet Palästina dramatisch umkehrten: Belief sich die damalige Zahl der Araber Palästinas auf rund 1,2 Millionen Personen (67,1 Prozent der Gesamtbevölkerung), so verblieben durch Flucht und Vertreibung nach dem Ende des Krieges im neu gegründeten Staat Israel lediglich 150.000 Araber (18,7 Prozent der Gesamtbevölkerung). Sie wurden israelische Staatsbürger.

Aufgrund der territorialen Ergebnisse des Juni-Krieges 1967 verschärfte sich die systemische Unebenbürtigkeit der Palästinenser weiter: Durch die Eroberung der Westbank und des Gazastreifens leben heute in diesen Gebieten rund 3,2 Millionen Palästinenser, die bis 1988 überwiegend die jordanische Staatsbürgerschaft besaßen. Rechnet man die Zahl der durch Geburtenüberschüsse auf 1,5 Millionen angewachsenen Palästinenser israelischer Staatsbürgerschaft hinzu, so ergibt es, dass die Palästinenser heute rund 36 Prozent der Gesamtbevölkerung unter israelischer Souveränität ausmachen. Demgegenüber ist das Souveränitätsproblem zwischen Israel und Ägypten im Zuge des Friedensvertrages von Camp David 1979 (Rückgabe der Sinai-Halbinsel) gelöst worden. Ein ähnliches Ergebnis ist letztendlich auch für die Beziehungen zwischen Israel und Syrien (Rückgabe der Golanhöhen) zu erwarten.



Im Nahen Osten begegnen wir mithin einer Überlappung von politischen und territorialen Konflikten, die der Gefahr einer theologischen Überhöhung unterliegen, je länger das Ende des Konflikts zwischen Israel und Palästinensern auf sich warten lässt. Insofern könnte er einen antagonistischen Charakter annehmen. Dagegen war das Verhältnis zwischen Mehrheitsbevölkerung und jüdischer Minderheit in Mittel- und Westeuropa durch andere Faktoren gekennzeichnet.

Das europäisch-jüdische Paradigma

Die Lage der Juden in Mittel- und Westeuropa war im Zeichen des merkantilen Absolutismus durch den Status als Schutzbürger bestimmt: Die jeweilige Herr-

schaft – ob König, Fürst oder Reichsstadt – vergab zeitlich befristete Privilegien zur Mehrung des Wohlstandes und zur Unterhaltung des stehenden Heeres, die nicht auf die Angehörigen der nachwachsenden Generation übertragen werden konnten, sondern neu erworben werden mussten.

Diese Funktionsbestimmung der Juden änderte sich mit dem Zeitalter der Aufklärung und der Epoche der staatsbürgerlichen Emanzipation. Letztere war zwar in erheblichen Teilen nicht mit der sozialen Akzeptanz der Juden verbunden, dennoch setzte sich das Konzept des „deutschen (französischen, englischen usw.) Staatsbürgers jüdischen Glaubens“ durch: Die Juden verstanden sich als Vollmitglieder des jeweiligen Staatsvolkes und betrachteten die Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben als Privatangelegenheit. Sozial war diese Entwicklung des Verzichts auf das religiöse Konstrukt der „Einheit des Volkes Israel“ mit dem Willen zur Symbiose mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung verbunden, dem eine Konfessionalisierung des Judentums folgte. Dies entsprach den Trends im Katholizismus und Protestantismus. Obwohl der so genannte Kulturantisemitismus – die soziale Zurückhaltung gegenüber den Juden bis hin zu ihrer Abweisung – nicht die Ausnahme, sondern die Normalität war, traf das Jahr 1933 die deutschen Juden völlig unvorbereitet; nicht einmal der Kampf gegen den Antisemitismus war bis dahin mit vollem Einsatz geführt worden.



Zivilisationsbruch durch den Holocaust

Der „Zivilisationsbruch“ durch den Holocaust ist als „negative Symbiose“ bezeichnet worden (Dan Diner): Die Juden haben ihr menschliches Urvertrauen verloren. Unter den Deutschen machte sich ein Verdrängungsmechanismus der „gewisse(n) Stille“ breit.

Nach 1945 setzte in Bonn eine Politik der „Vergangenheitsbewältigung“ ein, deren außenpolitisches Hauptziel die Rückkehr der westdeutschen Staaten in die Gemeinschaft der „freien Welt“ war; in den Luxemburger Verträgen vom September 1952 mit Israel und der ‚Conference on Jewish Material Claims Against Germany‘ fand sie ihren symbolischen Ausdruck. Kein deutscher Bundeskanzler reiste fortan in die USA, ohne jüdischen Organisationen in New York einen Besuch abzustatten.

Mit der Neuvereinigung Deutschlands 1991 fielen die letzten Schranken begrenzter nationaler Souveränität. Die Bündnispartner, allen voran die USA, erhöhten ihren Druck auf Berlin, international einen größeren politischen, militärischen und finanziellen Beitrag zu leisten. Er hat sich in der Beteiligung an UN-gestützten Mandaten in Somalia, im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan materialisiert.

Das israelisch-palästinensisch-arabische Paradigma

Die Gründungsgeschichte Israels und der fortwährende Konflikt mit der arabischen Umwelt hat dem Holocaust eine zentrale Rolle im privaten und öffentlichen Bewusstsein der jüdischen Bevölkerung Israels zugewiesen. Das Trauma der Vernichtung („Shoah“) äußert sich in obsessiven Vorstellungen wie „Alle sind gegen uns“, in politischen Konstruktionen wie „jüdischer Staat“, in regionalen Allmachtsphantasien und in Transferphantasien gegen die Palästinenser sowie in „Sicherheitszäunen“.

Auch auf der anderen Seite wird die Symbolik des Holocaust politisch für die eigenen Interessen instrumentalisiert. So drückt sich die Traumatisierung der palästinensischen Bevölkerung durch die Ergebnisse der Kriege von 1948 und 1967 in der Personifizierung israelischer Politiker mit Hitler aus, gekoppelt mit dem Vorwurf, Israel wolle einen Genozid in Gang setzen.

„Holocaust“ meint die Zerstörung eines Volkes oder einer ethnischen Gruppe im weltweiten Maßstab, während ein „Genozid“ auf die Zerstörung eines Volkes oder einer ethnischen Gruppe in einem definierten regionalen Raum setzt.

Im Blick auf die sozialen Beziehungen zwischen nichtjüdischen und jüdischen Deutschen hat Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, jüngst bemerkt, dass die Herstellung einer „Normalität“ mindestens 100 Jahre, wenn nicht mehr brauche. Diese nüchternen Worte sind als Versuch einer Annäherung zu verstehen: dass es ein neues deutsch-jüdisches Gespräch geben kann, dessen

Beteiligte sich in wissender Unbefangenheit begegnen, jenseits einer Identitätsduselei, die sich ob ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit in „Kollektivschuld“-Gefühlen und in Phantasien eines „jüdischen Tätervolkes“ versteigt.

Von der Shoah zum Genozid in Ruanda

Gaétan Sebudandi

Im August 2002 hatte ich die Gelegenheit, mit den Mitgliedern der Edith-Stein-Gesellschaft Deutschland an einer Pilgerfahrt nach Auschwitz teilzunehmen. Von Köln aus brachen wir mit einer Gruppe von ungefähr 33 Personen auf den Spuren von Edith Stein auf, um der Ordensfrau an ihrem sechzigsten Todestag im Vernichtungslager von Auschwitz zu gedenken.

Wir haben zuerst das Geburtshaus von Edith Stein in Breslau, den jüdischen Friedhof der Stadt und die Kirche St. Michel besucht. Der Gipfelpunkt dieser Pilgerfahrt war der Besuch des Vernichtungslagers von Auschwitz, um das unsagbare Leid der Millionen von Juden besser zu verstehen, die in die Lager des Todes verschleppt wurden. Ein tragisches Schicksal, das die konvertierte Jüdin Edith Stein in Solidarität mit ihrem Volk teilte.

Bei dem Besuch des Todeslagers, inmitten einer Gruppe von Pilgern aus Deutschland, trug ich das Buch „La Nuit Rwandaise“ (Die ruandische Nacht) über den ruandischen Genozid von 1994 demonstrativ unter dem Arm. An jeder Etappe des Besuches, wo man unerträgliche Details sah, blätterte ich in meinem Buch und verglich die Bilder aus Auschwitz mit Fotos, die den Völkermord der Tutsi und die Massaker der oppositionellen Hutu illustrierten. Als mich eine Gruppe israelischer



Soldaten mit dem Buch sah, sprach sie mich an und wir hatten ein sehr tiefsinniges Gespräch über den Völkermord in Ruanda und den Holocaust.

An diesem Tag habe ich den gleichen Schrecken und den gleichen Schwindel vor diesem Versuch von Vernichtung der Menschenwürde empfunden, wie vor den Massengräbern in Ruanda. In gewissem Sinne kann man sagen, dass ich nach dem Völkermord in Ruanda die ganze Dimension des Holocaust der Juden unter dem Naziregime besser begreifen kann.

5.2 Versöhnungsbegriffe in Kinyarwanda

Joel Nsengiyaremye

Der Rassenhass zwischen Tutsi und Hutu in Ruanda ist ein Instrument der Politik, in der Bevölkerung war er ursprünglich nicht präsent.

„Versöhnung“ im politischen Kontext in Ruanda nach dem Genozid

Unmittelbar nach dem Genozid in Ruanda 1994 erlangte der Versöhnungsbegriff einen besonderen Stellenwert. Die neue Regierung wurde vor allem von Geberländern zur Versöhnung und Justiz gemahnt. Folgerichtig wurde „Versöhnung“ zur Priorität. Im Jahre 2000 folgte Ruanda dem Beispiel Südafrika und errichtete eine *Regierungskommission für Einheit (Ubumwe) und Versöhnung (Ubwiyunge)*, wobei Versöhnung das Mittel und Einheit das Endziel darstellt. Die Kommission setzt „*Gacaca*“ ein, das heißt Versammlung aller Mitglieder einer Gemeinschaft auf dem Rasen im Freien, um über einen Konflikt zu sprechen (afrikanisches Palaver). Sie knüpft damit an ein traditionelles System der Konfliktregelung an. Dabei ermutigt die Kommission die Bevölkerung, vor allem die Angeklagten, Wahrheit (*Ukuri*) über das Geschehen offen zu legen. Die im Januar 2003 provisorisch freigelassenen bekennenden „*Génocidaires*“ sollen durch ihr freiwilliges Geständnis eine mildere Strafe bekommen.

Dies soll zur Entlastung der überforderten Nach-Genozid-Justiz führen. Damit erhält der Versöhnungsbegriff eine neue Aufwertung und neuartige Aufgaben.



Terminologische Annäherung an den Versöhnungsbegriff

Nach Wahrigs „Deutsches Wörterbuch“ bedeutet „sich mit jemandem versöhnen“: „mit jemandem Frieden schließen“, „einen Streit mit jemandem beilegen“. Im deutschen Gebrauch scheint Versöhnung ein Vorgang zu sein, der zwischen zwei Parteien stattfindet. Dies ist auf Grund der unterschiedlichen Kontexte unzurei-

chend, um Versöhnung im deutschen Sinne mit ‚Ubwiyunge‘ gleichzusetzen, denn während in Deutschland das Individuum im Mittelpunkt steht, ist das Augenmerk in Rwanda auf die Gemeinschaft gerichtet.

In Rwanda, wie im Allgemeinen in der afrikanischen Solidargemeinschaft, ist jeder auf jeden angewiesen. Jeder Konflikt verletzt nicht nur die direkt Betroffenen, sondern auch die Gemeinschaft als Ganzes.

Der Versöhnungsbegriff ‚Ubwiyunge‘ steht für eine symbolische Handlung, die das Ende eines Versöhnungsprozesses und die Wiederherstellung der Harmonie in der Gesellschaft markiert (sich die Hand geben, umarmen, etc.). Seine Bedeutung wird klarer, wenn man ihn in Zusammenhang mit anderen Schlüsselbegriffen des Versöhnungsprozesses als Ganzes betrachtet.

**WIR DEUTSCHEN SIND DAMALS
ZU FEINDEN DER JUDEN ERZOGEN
WORDEN, AUCH DAS WAR EIN
POLITISCHES INSTRUMENT.**

Andreas Schillo



Etymologie der Versöhnungsbegriffe in Kinyarwanda

Im Mittelpunkt des Versöhnungsprozesses stehen zwei Schlüsselbegriffe:

- **„Kubabarirana“** (gegenseitige Vergebung). „Kubabarirana“ birgt wiederum einen Prozess der Konflikt-aufarbeitung.

- **„Kwiyunga“** (sich versöhnen, sich wieder vereinigen). Vergebung gilt als Grundvoraussetzung für Versöhnung.

Neben diesen Zentralbegriffen spielen **„Ukuri“** (Wahrheit) und **„Icyiru“** (Strafe) eine wichtige Rolle.

Die folgende Tabelle zeigt die etymologische Analyse dieser Begriffe auf einem Blick.

Begriff	Herkunft	linguistische Analyse	Bedeutung von Wortelementen
Kubabarirana	(a) Kubabara	ku – barbar – a	„babar“ = leiden, trauern
	(b) Kubabarira	ku – barbar – ir- a	„ir“ = für
	(c) Kubabarirana	ku – barbar – ir- a – na	„na“ = einander
Kwiyunga	kwunga	ku- ung - a	„ung“ = verbinden
	Kwiyunga	ku – iy – ung - a	„iy“ = sich

Kubabarirana (sich gegenseitig vergeben)

Dieser komplexe Begriff gilt als Grundvoraussetzung für Versöhnung. Er beinhaltet den Wortstamm -babar-, der bedeutet: leiden, trauern. Dies lässt vermuten, dass Vergebung in Kiyarwanda über Leiden und Trauern geht. Wie oben erwähnt, ist „Kubabarirana“ ein Prozess mit drei Phasen.

(a) Kubabara (leiden, trauern)

Jeder Konflikt verursacht Verletzungen aller Art: physiologische und/oder psychische. Unmittelbar nach dem Ausbruch des Konfliktes folgt Leiden und Trauer auf der Opferseite. Nicht nur das Opfer leidet. Der Täter soll sein Unrecht gegenüber seinem Opfer anerkennen und bereuen. In diesem Sinne muss er auch innerlich leiden. Dieser Schritt kann zeitlich nicht begrenzt werden. Es hängt von der Art der Verletzung und vom Typ der Täter/Opfer ab. Laurien Ntezimana spricht von einer „Arbeit über sich selbst, um den Missklang in sich selbst beenden zu lassen“. Dabei ist die Anerkennung der Wahrheit für sich selbst besonders wichtig.

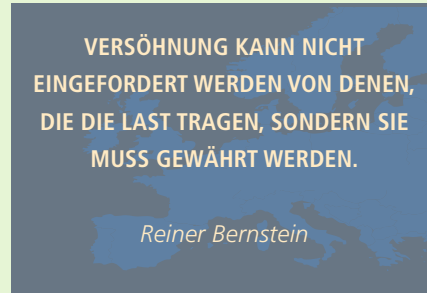
(b) Kubabarira (leiden für jemanden anderen; auch: jemandem verzeihen)

Diese Phase fängt mit der Bereitschaft an, Verständnis für das Leiden des Gegners zu haben. Der Täter geht über die Reue hinaus und fängt an, Mitleid für sein Opfer zu empfinden. Er ist bereit zu sagen „es tut mir leid“. Dasselbe geschieht auf der Opferseite. Diese Phase sollte im Idealfall von Eigeninitiativen kommen. Da dies viel Zeit in Anspruch nehmen kann, ergreift die Gemeinschaft Vermittlungsinitiativen, um die

durch den Konflikt gestörte Harmonie in der Gemeinschaft möglichst bald wiederherstellen zu können. Konfliktparteien werden aufgefordert, sich ‚Gacaca‘ zu stellen. Bisher ist die Begegnung der Parteien nicht nötig gewesen. Nur eine indirekte Beobachtung des Verhaltens der Konfliktparteien, die durch informelle Kommunikation ermöglicht wird, hat stattgefunden.

(c) Kubabarirana (sich gegenseitig vergeben)

Bei dieser Phase wird die Begegnung der unmittelbaren Konfliktparteien durch ‚Gacaca‘ ermöglicht. Beide stellen sich einer schonungslosen Jury der Mitglieder der Gemeinschaft. Kläger und Angeklagter tragen ihre Anliegen vor der Gemeinschaft vor. Der Dorfälteste leitet souverän die Anhörung. Wenn möglich, geben Dorfbewohner Zeugnisse ab. Um das Urteil zu fällen, werden Aussagen gegeneinander abgewogen. Kern der Handlung ist hier die Wahrheitsfindung. Die Urwahrheit liegt in der Präsenz der wahren Konfliktparteien. Jeder Zweifel an der Identität von Täter und/oder Opfer wie bei den Genozidverfahren macht ‚Gacaca‘ damit kompliziert. Zum Schluss werden Konfliktparteien aufgefordert, sich gegenseitig zu vergeben, das heißt sich wieder zu vertragen.



Kwiyunga (sich mit jemandem versöhnen)

Ursprünglich wird dieser Begriff in der traditionellen Heilkunde benutzt, und sein Stamm -ung- bedeutet: gebrochene Glieder des Körpers (Knochen) wieder zu verbinden. Im übertragenen Sinn werden Konfliktparteien als Glieder der Gemeinschaft, als Körper angesehen. Die verlorene Harmonie mit sich selbst und mit der Gemeinschaft ist wieder hergestellt. Das bedeutet Rehabilitation und Wiedereingliederung der Konfliktparteien in die Gemeinschaft.

Nach Laurien Ntezimana sind versöhnte Leute in Harmonie, nicht nur mit den Menschen, sondern auch mit Himmel und Erde.

Versöhnung dient vor allem der Harmonie in der Gemeinschaft. Insofern wäre die Bezeichnung der Versöhnungskommission in Rwanda nicht vollständi-

gig, wenn das Gesellschaftsziel der „Einheit“ als „Garant der gesellschaftlichen Harmonie“ fehlte.

Icyiru („Strafe“ ableisten)

Die meisten der Strafen, die durch ‚Gacaca‘ in meinem Heimatdorf verhängt wurden, zielten nicht auf die Bestrafung des Täters, und gar nicht auf Schadenersatz für das Opfer, sondern auf Wiedergutmachung und Harmonie im Dorf. Konfliktparteien wurden in der Regel verpflichtet, etwas zu tun, das dem Dorf zugute kommen sollte. Meistens wurden Konfliktparteien aufgefordert, gemeinsam Gemeinschaftsgetränke auszurichten, wobei sie wiederum materielle Unterstützung bei Dorfbewohnern anfordern durften. Am Tag der Ableistung der „Strafe“ waren alle Dorfbewohner wieder gut gelaunt.



**KEIN VERSÖHNUNGSPROZESS IN
AFRIKA HAT AUSSICHTEN AUF
ERFOLG OHNE DIE HILFE DER
WESTLICHEN INDUSTRIELÄNDER.
DAS IST NUN EINMAL SO.**

Gaétan Sebudandi

Abschließende Bemerkungen

- ‚Versöhnung‘ in Rwanda ist ein Mechanismus der Konfliktregelung, der jedes Mitglied der Gemeinschaft einbindet. Nach meinem Kenntnisstand wurden Morde nicht durch ‚Gacaca‘ abgehandelt. Ist dieses Modell mit dem angestrebten ‚Gacaca‘ vereinbar? Kann ‚Gacaca-Versöhnung‘ im bisherigen Sinne dem Anspruch der Überlebenden des Genozids auf Gerechtigkeit Rechnung tragen? Steht ‚Versöhnung‘ nicht in Widerspruch zum Streben nach der Beendigung der Straflosigkeit?
- Rwanda ist auch im zwischenstaatlichen Konflikt mit der Demokratischen Republik Kongo beteiligt. Versöhnung zwischen den beiden Staaten ist erwünscht. Das vorgestellte Modell scheint für diesen Fall unanwendbar. Kein einziger Fall der Versöhnung zwischen Staaten in Afrika ist mir bekannt. Insofern ist die Frage wichtig, ob europäische Versöhnungserfahrungen auf die Große Seen Region Afrikas übertragen werden können.



5.3 Ethnizität, Nationalismus und Rassismus

Achim Koch

Wir müssen vorsichtig mit politischen Begriffen umgehen, denn in jedem Kulturraum haben sie eine andere Bedeutung.

1. Das Wesen von Geschichte ist prozesshaft. Historische Begebenheiten sind zunächst prinzipiell nicht vergleichbar. Zu den Kontexten gehören Umfeldfaktoren, aber auch die Art und Weise des jeweiligen Diskurses (Ideologien, Denkströmungen, zeitgeistige Erscheinungen). Historische Erfahrungen sind dagegen teilweise vergleichbar, wenn man die unterschiedliche Vorgeschichte berücksichtigt.

Wie hilft uns die Geschichte, aus Fehlern und Erfolgen zu lernen?

2. Europäische politische Begebenheiten sind nicht vergleichbar mit ähnlichen Erscheinungen in Afrika, weil Afrika ein wesentlicher Teil des Kontextes ist. Politische Erfahrungen und Werte sind für Afrika neu zu hinterfragen.

Wenn wir uns mit der Konfliktlösung beschäftigen, dann stellte sich die Frage: gibt es eine allumfassend anzuerkennende politische Ethik?

3. Historische und damit politische Begriffe, die sich im europäischen Kulturraum entwickelt haben, werden in der Regel unreflektiert für den afrikanischen Kontinent verwendet. Dahinter steht aber eine neokoloniale Konterrevolution, die heute vor allem einige muslimisch dominierte afrikanische und asiatische Länder in die Ecke der kulturellen Barbarei verbannt.

Begriffe wie „Totalitarismus“, „Imperialismus“, „Staatsreligion“: lässt sich adaptieren, was seine Quelle in anderen Kontexten hat?

4. Ethnizität ist entstanden oder gerechtfertigt aus der Anerkennung von Begriffen wie Volk, Mentalität, Identität und in verdeckter Form aus dem Begriff „Rasse“. All diese Begriffe dienen der Abgrenzung und nähren die Erwartung, dass durch Abgrenzung Klarheit entsteht.



ES GIBT KEIN EINHEITLICHES SCHEMA, KEINE „GEBRAUCHSANLEITUNG“ DER FRIEDENSINITIATIVEN VON SANT'EGIDIO. DIE KONFLIKTE NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT SIND VIEL KOMPLEXER GEWORDEN, JEDER KONFLIKT HAT SEINE EIGENEN CHARAKTERISTIKA, UND DESHALB ERFORDERT JEDE BEWAFFNETE AUSEINANDERSETZUNG EIGENE ANTWORTEN.

WIR AFRIKANER SOLLTEN NICHT IMMER DIE KOLONIALEN TERMINI, DIE EIN WICHTIGES INSTRUMENTARIUM WAREN, UM KOLONIALISMUS ZU LEGITIMIEREN UND AFRIKAS VERMEINTLICHES ANDERSSEIN UND VOR ALLEM UNTERLEGENHEIT ZU IMPLIZIEREN, UNREFLEKTIERT IN UNSEREN DISKURSEN VERWENDEN.

Jonas Koudissa

BEI DEM KONFLIKT ZWISCHEN DEN
TUTSI UND DEN HUTU GEHT ES NICHT
PRIMÄR UM RASSISMUS. ES GIBT EINE
ETHNISCHE DIMENSION, DAS UNHEIL
ENTSTEHT ABER ERST DURCH IHRE
POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG.

Joel Nsengiyaremye

Zur Konfliktlösung stellt sich aber die Frage: wie können wir Klarheit durch Annäherung erreichen, und welche Begriffe finden wir gemeinsam in Europa und Afrika dafür?

5. Wir wissen aus dem sog. Vielvölkerstaat Jugoslawien, dass das „Volk der Serben“ oder das „Volk der Kroaten“, dass – noch verwirrender – „bosnische Muslime“ oder „serbische Orthodoxe“ nicht als Volk oder Gemeinden existierten. Es handelte sich hier immer um gemischte Gebilde. Daraus lässt sich eine allgemein anwendbare politische Erfahrung ziehen, die in Europa erkannt wurde: es gibt überall Vermischung.

Haben wir mit der Angst vor Vermischung etwa eine europäisch-afrikanische Gemeinsamkeit?

6. Nationalismus schließt Vermischung aus, weil eine Nation durch eine gemeinsame Kultur identifiziert werden muss. Dahinter steht immer eine kurz dauernde Lüge (Hegels Volksgeist objektiviert sich). Auch das ist eine allgemein anwendbar historische Erfahrung. Doch andererseits ist Gemeinsamkeit auch innere Annäherung, „das geistige Bewusstsein eines Volkes von sich selbst“ (Hegel).

Kann Gemeinsamkeit durch Abgrenzung dem Ideal der Annäherung entsprechen?



7. Patriotismus entsteht aus wurzelhafter Fixierung und gebärdet sich in der Regel weniger aggressiv als Nationalismus. Im Patriotismus steckt eine emotionale Bindung an Erde und lässt einen Begriff wie Heimat erwecken, der in Deutschland unaufgearbeitet geblieben ist.

Wann wird Patriotismus schädlich, und können wir ihm entkommen, indem wir ihn meiden und ignorieren? Hat der Begriff eine identische Bedeutung auf den unterschiedlichen Kontinenten?

**ETHNISCHE UNTERSCHIEDE SOLLTEN KEINE
BEDROHUNG, SONDERN EINE BEREICHERUNG
SEIN. ES GIBT REGIONEN IN AFRIKA, WO DAS
GELUNGEN IST. EIN BEISPIEL DAFÜR IST DIE
PROVINZ KATANGA IM OSTEN DER
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO.**

Achille Mutombo



8. Nationalismus impliziert Einengung, Ausschließung und Unterdrückung. Patriotismus impliziert Sehnsucht und Verlust.

Gibt es in Afrika heute Sehnsucht und Verlust? Kann das helfen? Oder sind wir schon mit solchen Vergleichen verloren?

9. In manchen Phasen unserer europäischen Geschichte können wir eine gleiche Art und Weise des Denkens beobachten, die sich auf eine Region, ein Land, auf Teile des europäischen Kontinents oder sogar des amerikanischen Kontinents ausbreitet (Kalter Krieg etc.).

Ist diese Erscheinung auch für Afrika auszumachen und war der Antikolonialismus, waren die Unabhängigkeitsbestrebungen, die Anti-Apartheidsbewegung Ausdruck eines solchen gemeinsamen Denkens? Lassen sich heute in Afrika Gemeinsamkeiten ausmachen?

10. Das, was wir heute Rassismus nennen, ist ein Begriff, der wie alle anderen seine eigene Geschichte und eigene Bedeutung in jedem Teil der Welt hat. Auch Afrika leidet unter dieser Menschenverachtung.

Waren die Massaker in Ruanda und die ähnlichen Erscheinungen in der DR Kongo Ausdruck dessen, was wir unter Rassismus verstehen? Äußert sich Rassismus in Afrika anders als in Europa?

Kein Konflikt kann zu jeder Zeit in jeder Region auf gleiche Weise gelöst werden. Doch über Zeiten und Kontinente hinweg gilt: Sprechen hat Vorrang vor dem Krieg (Primat der Diplomatie). Und das Sprechen muss so lange andauern, bis der Konflikt gelöst wird. Die Methoden für das Gespräch sind vielfältig – es kommt auf den Erfolg an, sowohl in Afrika als auch in Europa.

UM ZU EINER VERSTÄNDIGUNG IM DIALOG ZU KOMMEN, IST ES NOTIG, DIE GRAMMATIK DES ANDEREN ZU LERNEN. MAN BRAUCHT EINE ,MULTIETHNISCHE GRAMMATIK' AUS SYMPATHIE UND RESPEKT, GEDULD UND HOFFNUNG, UM DIE SPRACHE DES FRIEDENS, DER TOLERANZ UND DES PLURALISMUS SPRECHEN ZU KÖNNEN.

Dieter Wenderlein

Versöhnungsgeschichten aus Afrika und Europa: Ein Ausblick

Der friedenspolitische Dialog zwischen Europäern und Afrikanern darf die europäischen Erfahrungen nicht ausklammern. Afrikanische Konflikte sind mit europäischen Konflikten und Versöhnungserfahrungen in Beziehung zu setzen. Der Europäer, der von außen und immer auch ein wenig von oben herab afrikanische Angelegenheiten bewertet, beratend und scheinbar neutral moderierend eingreift, kann sich von seinem strukturellen Überlegenheitsdünkel auch bei bestem Willen nur schlecht lösen. Dies war der Ausgangspunkt unseres Experiments: Wenn Europäer die Erfahrungen von Afrikanern lediglich ab-

greifen und kommentieren, ist dies noch kein Dialog im eigentlichen Sinn. Europäer müssen auch über sich selbst sprechen, historische Identitäten sollen nicht ausgeklammert, unterschiedliche und auch disparate Erfahrungen sollen aufeinander bezogen werden.

Andererseits kann es auch nicht Sinn des europäisch-afrikanischen Dialogs über Versöhnungserfahrungen sein, gelungene europäische Erfahrungen angesichts afrikanischer Krisen vorzuführen – nach dem Motto: „Es war einmal ein Land, in dem ...“ bis hin „... und die Moral von der Geschicht’: Versöhnt euch!“ Keine Besserwisserei!



**DIE ESKALATION ALLER
SPANNUNGEN BEGINNT MIT DER
VERWEIGERUNG DES DIALOGS.**

Julius Döpfner

Wie ist dieser Weg zu gehen? Europäer müssen genauso wie Afrikaner von ihren eigenen Erfahrungen sprechen, um die Fähigkeit zu entwickeln, auf den Anderen mit Ohr und Herz zu hören. Wer Versöhnung will, muss sich auf Dialog einlassen, muss den Weg zu einem gelungenen Austausch suchen. Vielleicht ist das Detmolder Bekenntnis in diesem Zusammenhang das eindringlichste Modell einer afrikanisch-europäischen Versöhnungsarbeit. Versöhnungsdiskurse sind immer in Dialoge eingebunden. Sie vollziehen sich konkret: In Erzählungen, im Auffinden von Bezügen und Kontrasten, im Ungeplanten und Unwägbaren, im konkreten und nicht im abstrakten Raum.

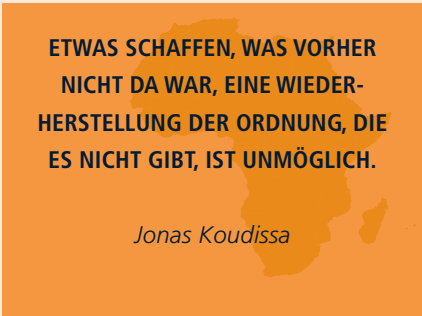
Es gibt zudem keinen Automatismus der Versöhnung, wie die Erinnerung an die aus heutiger Sicht vielleicht als geglückt zu bezeichnenden Beispielen zeigt – Mosambik, Deutschland-Frankreich, dann auch Deutschland-Polen. Gelungene Versöhnung ist immer das Ergebnis harten, ausdauernden Ringens. Dies im Kontext des afrikanisch-deutschen Dialogs ins Gedächtnis zu rufen könnte der eigentliche Gewinn der Tagung gewesen sein, die mit dieser Dokumentation weiter wirken möge.

Gewiss passt das europäische Dach nicht auf eine afrikanische Hütte, wie auch das afrikanische Dach nicht auf eine europäische Hütte passt. Es kann auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass die Geber sich auf die die Mittelbewilligung beschränken

und die Nehmer den Rest selbst besorgen sollen. Die Dialektik der ungleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in dieser Welt ist komplex. Es gibt kein richtiges Leben inmitten des falschen: die Versöhnungsfrage kann nicht gegen den Kampf gegen strukturelle Gewaltursachen ausgespielt werden. „Schafft uns die Imperialisten vom Hals und wir werden uns schon zusammenraufen!“: Diese Haltung ist verständlich – und wird doch schnell zur bequemen Ausrede.

Der Workshop „Versöhnung in Afrika und Deutschland“ hat Schlaglichter auf die vielschichtigen Muster von Konflikt- und Versöhnungserfahrungen in sehr unterschiedlichen Kontexten geworfen, die in der vorliegenden Publikation dokumentiert werden. Querverbindungen zeigten sich oft überraschend und unkalkuliert. Es wurde deutlich, wie im Gespräch und in der Begegnung eine Atmosphäre entsteht, in der neue Ideen aufkeimen und sich entwickeln. Es bleibt die verwegene Hoffnung der Veranstalter, dass von dieser Dokumentation der Anstoß zu einer weiteren Bearbeitung von deutsch-afrikanischen Versöhnungsgeschichten ausgeht.

Der Ort und die Sprache ermöglichen und begrenzen zugleich das Gespräch. Würde der gleiche Workshop mit den gleichen Referenten in Nairobi, Pretoria oder Kinshasa stattfinden, wäre der Diskurs von Anfang an noch einmal anders gelagert. Es wäre das Experiment wert.



**ETWAS SCHAFFEN, WAS VORHER
NICHT DA WAR, EINE WIEDER-
HERSTELLUNG DER ORDNUNG, DIE
ES NICHT GIBT, IST UNMÖGLICH.**

Jonas Koudissa

REFERENTEN

Maria Beineke-Koch

Mitinitiatorin des Detmolder Bekenntnisses, Friedensarbeiterin in der Bistumsstelle Paderborn von Pax Christi.

Dr. Reiner Bernstein

Jahrgang 1939, freier Publizist und Autor. Gründungsmitglied des ‚Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten‘. Bernstein befasst sich vor allem mit Themen der jüdischen Geschichte, Israels und des Nahen Ostens.

Prof. Dr. Friedhelm Boll

Jahrgang 1945, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialgeschichte e.V., Braunschweig/Bonn und Privatdozent an der Universität-Gesamthochschule Kassel. Autor zahlreicher Publikationen insbesondere im Bereich der historischen Friedensforschung und zum Nationalismus.

Etienne De Jonghe

Generalsekretär von Pax Christi International, Brüssel.

Prof. Dr. Jost Dülffer

Jahrgang 1943, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Köln. Schwerpunkt Historische Friedens- und Konfliktforschung. Autor mehrerer Bücher, darunter Weimar. Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939.

Dr. Isewanga Indongo-Imbanda

kommt aus der Demokratischen Republik Kongo. Nach dem propädeutischen Jahr an der Universität ex-Lovanium/Léopoldville (heute Universität Kinshasa) studierte er Soziologie, Psychologie, Politologie und Romanistik an der Universität Kairo (Ägypten) und der Freien Universität Berlin. Er lebt als freiberuflicher Sozialwissenschaftler in Berlin und ist Redakteur der Internetsite <http://www.kongo-kinshasa.de/>.

Dr. Leonhard Jamfa

Jahrgang 1969, Politikwissenschaftler und Journalist aus Kamerun. Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation African Development Initiative (ADI) in Paderborn.

Achim Koch

Gründete gemeinsam mit Freimut Duve den Fonds Verteidigung unserer Zukunft, der Friedensprojekte im ehem. Jugoslawien und in Afrika betreibt (www.mobile-culture.org)

Prof. Dr. Karlheinz Koppe

Ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, langjähriger Vizepräsident der deutschen Sektion von Pax Christi. Generalsekretär der International Peace Research Association (IPRA).

Dr. Jonas Koudissa

Priester aus der Republik Kongo (d.h. Kongo-Brazzaville), Katholische Hochschulgemeinde Köln. Promotion über Palaverkultur und Demokratie in Afrika.

Jörg Lür

Mitarbeiter der deutschen Kommission Justitia et Pax (getragen vom Zentralrat der Deutschen Katholiken und der Deutschen Bischofskonferenz); stellvertretender Vorsitzender der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Clémentine Nkongolo

Diplompädagogin und Politikwissenschaftlerin aus der Demokratischen Republik Kongo. Thema ihrer Promotionsarbeit, die sie an der Universität Mainz schreibt, sind „Rohstoffe und Kriege in Afrika“.

Joel Nsengiyaremye

Deutscher ruandischer Herkunft, Dipl.-Kaufmann (Uni Trier); Sprecher der Pax-Christi-Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“.

Dr. Willy Manzanza Mwanangombe

Priester aus der Demokratischen Republik Kongo. Promotion in katholischer Theologie an der Universität Bonn. Zurzeit arbeitet Manzanza als Studentenseelsorger bei der Katholischen Hochschulgemeinde (KGH) Aachen.

Dr. Achille Mutombo

Priester aus der Demokratischen Republik Kongo. Katholischer Pfarrer (Plietzhausen), promovierter Theologe (Universität Tübingen)

Gaétan Sebudandi

Langjährige Tätigkeit als Hörfunkredakteur (Afrikaprogramm der Deutschen Welle); Auslandskorrespondent für die Ruandische Nachrichtenagentur (RNA). Vorstandsvorsitzender der ‚Ruandischen Diaspora in Deutschland‘ (RDD).

Konrad Weiß

Publizist, langjähriger Aktivist der DDR-Bürgerrechtsbewegung und der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste; ehem. MdB Bündnis90/Die Grünen.

Dieter Wenderlein

Sprecher von Sant'Egidio Deutschland.

TEILNEHMER

Dr. Elke Ahrens (Evangelischer Entwicklungsdienst)

Melanie Andres (Germanwatch)

Maria Beineke-Koch (Ökum. AK Ruanda-Detmold)

Ulrike Bernet (Sant'Egidio)

Dr. Reiner Bernstein (freier Publizist)

Dr. Godehard Boll (Pax Christi)

Prof. Dr. Friedhelm Boll (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Wolfgang Budde-Roth (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Ursula Clauditz (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Anja Dargatz (Gruppe Friedensentwicklung)

Etienne de Jonghe (Gen.Sekr. Pax Christi Internat.)

Prof. Dr. Jost Dülffer (Uni Köln)

Dr. Iseewanga Indongo-Imbanda (Soziologe, Berlin)

Dr. Leonard Jamfa (Uni Kassel)

Achim Koch (Fonds Verteidigung unserer Zukunft,
Hamburg)

Dr. Ute Koité-Herschel (Missio Aachen)

Rainer Kaps (Kath. Bildungswerk Bonn)

Ludgera Klemp (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Karlheinz Koppe (Pax Christi)

Dr. Jonas Koudissa (Uni Köln)

Prof. Dr. Thomas Kutsch (Uni Bonn)

Dr. Jörg Lüer (Justitia et Pax, Berlin)

Dr. Willy Manzanza (Pfarrer, Aachen)

Johann Moos (Pax Christi)

Muepu Muamba (Dialog International)

Cikara Mukengere (Dialog International)

Dr. Achille Mutombo (Pfarrer, Plietzhausen)

Karl Neise (Pax Christi)

Monique Neise (Pax Christi)

Clémentine Nkongolo (Pax Christi)

Joel Nsengiyaremye (Pax Christi)

Kirsten Prestin (IPS, Bonn)

Dr. Ludger Reuke (Germanwatch)

August Rößner (ACAT)

Dr. Edzard Rohland (Vereinte Evangelische Mission)

Heinz Rothenpieler (Dialog International, Düsseldorf)

Julia Schartz (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Andreas Schillo (Pax Christi)

Peter Schlaffer (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Wolfgang Schonecke (Netzwerk Afrika – Deutschland)

Gaétan Sebudandi (Ruandische Diaspora in
Deutschland)

Heinz Siebert (Pax Christi)

Sylvia Servaes (Gruppe Friedensentwicklung)

Dr. Rudolf Traub (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Achim Vogt (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Dr. Reinhard Voss (Pax Christi)

Konrad Weiß (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste)

Dieter Wenderlein (Sant'Egidio)

Dr. Heinz Werner Wessler (Pax Christi)

Karl Wirtz (Misereor)

INSTITUTIONEN

Afrikanische Union (African Union, Union Africaine)

Gegründet 2001 als Nachfolgeorganisation der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Sie soll mehr Kompetenzen haben als die OAU, auf lange Sicht sieht man die EU als Vorbild. Geplant ist die Einrichtung eines gesamtafrikanischen Parlaments mit Sitz in Südafrika, regelmäßige Konsultationen des Rats der Regierungschefs, eine „Kommission“ und eine Zentralbank.

www.africa-union.org

ACAT (L'Action des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture et des exécutions capitales –

Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)

Internationale, ökumenische Vereinigung, die gegen Folter, grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen, gegen „Verschwindenlassen“ und Todesstrafe kämpft und Opfer von Verfolgung und Kriegsverbrechen unterstützt. ACAT ist Mitglied im Forum Menschenrechte

<http://www.acat.asso.fr/> <http://www.acat-deutschland.de>

Bensberger Kreis

Informeller Zusammenschluss von Christinnen und Christen aus dem Umfeld von Pax Christi in den 1960er Jahren. Der in Bensberg bei Köln tagende Kreis setzt sich öffentlich mit Fragen auseinander, „die für Kirche und Gesellschaft von Belang sind“. Gründer u. a. Walter Dirks und Eugen Kogon. Stellungnahmen u. a. zur Verständigung mit Polen, kirchlichen Reformen, zum Israel-Palästina-Konflikt.

www.wir-sind-kirche.de

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland. Mitglieder sind 23 evangelische Landeskirchen, die Evangelische Kirche in Deutschland, das Evangelische Missionswerk in Deutschland, die Vereinigung Evangelischer Freikirchen, das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland und die Selbständige Evangelisch-lutherische Kirche. EED arbeitet mit bei Social Watch Deutschland – Forum Weltsozialgipfel.

<http://www.eed.de>

Friedrich-Ebert-Stiftung

Gemeinnützige Stiftung, „den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet“. 1925 als politisches Vermächtnis des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet, Auflösung der Stiftung in Hitler-Deutschland, Wiederbegründung 1947.

– politische und gesellschaftliche Bildung im Geiste von Demokratie und Pluralismus

– Stipendien für begabte junge Menschen

– internationale Verständigung und Zusammenarbeit

Mitglied im Forum Menschenrechte und bei Social Watch Deutschland – Forum Weltsozialgipfel

<http://www.fes.de/>

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)

Arbeitsgemeinschaft von Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Evangelischem Entwicklungsdienst, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Katholischer Zentralstelle für Entwicklungshilfe / Misereor, Konsortium Ziviler Friedensdienst, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung / Institut für Entwicklung und Frieden (INEF). Zweck: Austausch von Erfahrungen im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Auswertung von Projekten und Forschungsergebnissen, Weiterentwicklung methodischer und konzeptioneller Ansätze.

www.frient.de

Maximilian-Kolbe-Werk

Entstanden 1964 zunächst als Initiative von Pax-Christi-Mitgliedern unter dem Eindruck des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Main. Das formell 1973 durch Beschluss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und 13 katholischer Verbände entstandene Werk setzt sich vor allem für die materielle und geistige Solidarität mit KZ-Überlebenden in Polen ein. Das Maximilian-Kolbe-Werk ist für viele Opfer des NS-Regimes, unabhängig von Religion, Konfession oder Weltanschauung, ein Vertrauensfaktor geworden.

<http://www.maximilian-kolbe-werk.de/>

New Partnership for Africa's Development (NEPAD)

Ein von afrikanischen Regierungen beschlossenes Programm mit dem Ziel, in ihren Staaten Armut zu überwinden, nachhaltige Entwicklung einzuleiten, der Schuldenfalle zu entkommen und den Anschluss an die Weltwirtschaft wiederzuerlangen. Die Gründungserklärung bekennt sich zu Demokratie, Menschenrechten, am Menschen ausgerichteter Entwicklung und marktorientierter Wirtschaft. Ziel: Mobilisierung eigener Kräfte, Definition der eigenen Ziele und weltweite Partnerschaft, die auf gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamen Interessen basiert. Kritiker sehen NEPAD als ein falsch angelegtes Programm an, das vor allem dazu diene, Fragen der ungerechten Strukturen im Verhältnis Nord-Süd zu verschleiern und ein von der Geberseite gesteuertes Projekt als afrikanisches Projekt auszugeben.

<http://www.uneca.org/nepad/>; <http://www.nepad.org> (Internetseite im Aufbau)

Netzwerk Afrika – Deutschland

Zusammenschluss von 45 in Afrika tätigen katholischen Ordensprovinzen und Missionsgemeinschaften in Deutschland. Ziele:

- Information und Bewusstseinsbildung über Afrika;
- Lobbyarbeit in der deutschen Öffentlichkeit, Kirche, Politik, Wirtschaft und Kultur;
- Zusammenarbeit mit Orden und geistlichen Gemeinschaften, mit weltkirchlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen;
- Schnelles Reagieren auf akute Notsituationen durch Stellungnahmen oder Kampagnen.

<http://www.netzwerk-afrika-deutschland.de>

Pax Christi

Ausgehend von einem 1945 von 40 französischen Bischöfen unterzeichneten Aufruf zu einem „Gebetskreuzzug für die Versöhnung mit Deutschland und den Frieden in der ganzen Welt“ entstand die internationale ökumenische Friedensbewegung Pax Christi in der katholischen Kirche zunächst im Rahmen der deutsch-französischen Versöhnung. Im Laufe der Zeit entstanden nationale Sektionen in immer mehr Ländern und auf allen Kontinenten, die sich für weltweite Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung zwischen Völkern und Bevölkerungsgruppen einsetzen. Das Büro von Pax Christi Internationalis, Dachverband der nationalen Sektionen, befindet sich heute in Brüssel. Zusammen mit anderen nationalen Sektionen wurde die deutsche Sektion in den 1960er und 1970er Jahren zunehmend „politischer“ und engagierte sich im Rahmen der Friedensbewegung gegen Aufrüstung in Europa, Solidarität mit den Armen und Entrechteten und zivile Wege der Konfliktbearbeitung. Pax Christi ist Mitglied im Forum Menschenrechte.

<http://www.paxchristi.de>; <http://www.paxchristi.net>

Sant'Egidio

„Öffentlicher Verein von Gläubigen“ in der katholischen Kirche, 1968 in Rom entstanden. Um den Schüler Andrea Riccardi sammelte sich eine Gruppe von Mitschülern, um auf das Evangelium zu hören und es nach dem Vorbild der Urgemeinde aus der Apostelgeschichte und Franziskus von Assisi im eigenen Leben umzusetzen.

Daraus entstand eine Laienbewegung von mehr als 40.000 Personen in mehr als 60 Ländern, verbunden durch die Grundlagen: Gebet, Weitergabe des Evangeliums, Freundschaft mit den Armen, Ökumene. Das Zentrum der Gemeinschaft ist in der römischen Kirche Sant'Egidio.

<http://www.santegidio.org>

GLOSSAR

Detmolder Bekenntnis

Erklärung von Hutus, Tutsis und Deutschen, die in Ruanda gearbeitet haben, entstanden im Dezember 1996 bei einem Treffen in Detmold. Hutu, Tutsi und Europäer benennen in je eigenen Schuldbekenntnissen die eigene Verstrickung in den Konflikt, bekennen voreinander diese Schuld und bitten einander um Vergebung. (Siehe Kapitel 2.5)

Enzyklika Pacem in Terris

Die Enzyklika von Papst Johannes XXIII (1963) gilt als die grundlegende päpstliche Stellungnahme zu den allgemein gültigen Menschenrechten, darunter das auf Leben und Lebensunterhalt, auf Würde und „freie Suche nach der Wahrheit“ (Glaubensfreiheit), Bildung, Arbeit, Organisationsfreiheit und auf Teilnahme am öffentlichen Leben. Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit erscheinen als unauflöslich miteinander verkoppelt.

Auch für die Beziehung der Staaten untereinander gelten die Leitbilder von Wahrheit, Gerechtigkeit, tätiger Solidarität und Freiheit. Das Gemeinwohl innerhalb des Staates soll, so die Enzyklika, vom Wohl der Menschheitsfamilie nicht getrennt werden. Verbunden damit ist die Forderung nach Frieden, Abrüstung, Verbot von Atomwaffen und nach verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ohne Bevormundung.

Lumen Gentium - Kirchenkonstitution

(„Licht der Völker“) – Konstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils (1965) zum Selbstverständnis und zur Organisation der katholischen Kirche und zu den Aufgaben ihrer Institutionen. Die Konstitution steht für die Abkehr von der rein klerikal orientierten Kirche hin zu Leitbild einer Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen, bei der die Kirchenämter dienende Funktion haben.

Marshall-Plan („European Recovery Program“)

Programm der USA, um die Wirtschaft Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Gang zu bringen und gleichzeitig im Klima des beginnenden Kalten Krieges die westeuropäischen Länder wirtschaftliche und politisch an die USA anzubinden. (Nach George C. Marshall, 1947-1949 Außenminister der USA). Der Marshallplan zielte nicht auf Nahrungshilfe oder Wohnungsbau, sondern auf den Wiederaufbau der Basisindustrie und die Stärkung des Handels. Er garantierte amerikanischen Investoren den Rücktausch ihrer Gewinne in Dollar, bot europäischen Firmen Kreditbürgschaften für den Kauf von Investitionsgütern in den USA und unterstützte den Personalaustausch zwischen Europa und den USA. Für 16 Länder mit 270 Millionen Einwohnern investierten die USA in vier Jahren 11,8 Mrd. \$ an Zuschüssen und 1,5 Mrd. \$ an rückzahlbaren Darlehen.

Vorgelegt wurde das Programm 1947 von US-Staatssekretär George C. Marshall; 1948 trat es in Kraft. Gemessen am damaligen Sozialprodukt waren die 13 Milliarden ein Kraftakt: Marshall, der für den nach ihm benannten Plan 1953 den Friedensnobelpreis erhielt, sagte später, die Anstrengungen, die US-Öffentlichkeit von der Notwendigkeit zu überzeugen, seien wie ein Präsidentschaftswahlkampf gewesen.

Montanunion

Am 18. April 1951 unterzeichnen Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande den Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Sechs Nationen geben damit ihre Verantwortung für Produktion, Vertrieb und Außenzölle in zwei kriegswichtigen Schlüsselindustrien aus der Hand und übertragen sie einer gemeinsamen Behörde. Die Behörde ist politisch unabhängig von den Regierungen der Mitgliedstaaten; jedes Land hat das gleiche Mitspracherecht. Die Montanunion gilt als Keimzelle der Europäischen Union (EU).

Mosambik, Bürgerkrieg

Nach elfjährigem Krieg und im Gefolge der portugiesischen Nelkenrevolution wurde Mosambik 1975 unabhängig. Erster Präsident wurde Samora Machel von der Unabhängigkeitsbewegung FRELIMO. Ein Jahr später begann die RENAMO, unterstützt von Südafrika und Rhodesien, einen Aufstand gegen die FRELIMO-Herrschaft. Dies war der Beginn eines bis 1992 andauernden Buschkrieges, der geschätzte ein bis zwei Millionen Tote forderte und mit internationaler Vermittlung vor allem von Seiten der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio beendet wurde. Die RENAMO verlor die anschließenden Wahlen. Der Friedensvertrag sieht jedoch eine Teilung der Macht vor.

Bis heute ist Mosambik eines der ärmsten Länder der Welt; über die Hälfte der knapp 20 Mio. Einwohner gilt als absolut arm. Zusätzlichen Schaden verursachte die Flutkatastrophe im südöstlichen Afrika 2000. Mit internationaler Hilfe und einem Strukturanpassungsprogramm gilt Mosambik aber heute auch als Musterbeispiel für eine gelungene nationale Aussöhnung und für einen international unterstützten Nachkriegsaufbau, wodurch Auslandsinvestitionen – v.a. aus Südafrika – angelockt werden.

Panafrikanismus

Politische Vision zur Einigung des nachkolonialen Afrika; Hauptvertreter: Kwame Nkrumah, der 1957 zum ersten Präsidenten eines wieder unabhängigen schwarzafrikanischen Staates wurde. Sein Anliegen: die von den Kolonialmächten gezogenen willkürlichen Grenzen zu überwinden. Durch schrittweise Konföderation der aus den Kolonien hervorgegangenen Staaten sollte ein geeinter afrikanischer Staat entstehen, ähnlich wie heute, Jahrzehnte später, ein geeintes Europa entsteht.

Die 1963 gegründete Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) und die daraus hervorgegangene Afrikanische Union (AU) brachten stattdessen nur eine sehr lose Zusammenarbeit auf Regierungsebene, die die entstandenen Staaten (und Machtstrukturen) nicht in Frage stellte.

Radio-Télévision Libre des Mille Collines (RTLM)

Vom Sohn des am 6. April 1994 umgekommenen ruandischen Präsidenten Habyarimana gegründet und von der Familie der Präsidentengattin finanziertes nicht-staatliches Radioprogramm, das für die Propaganda des Völkermordes an den Tutsi eine entscheidende Rolle spielt. RTLM betrieb ein nach amerikanischen Vorbildern gestaltetes, für Ruanda neuartiges und äußerst populäres Programm. Vor und während der Massaker 1994 forderte das Programm in vielfacher Form offen zum Mord an den Tutsi auf. Berüchtigt wurde etwa der Slogan „Die Gräber sind erst zur Hälfte mit den Leichen der Tutsi gefüllt. Beeilt euch, sie ganz zu füllen.“ Der internationale Strafgerichtshof für Ruanda hat inzwischen einige verantwortliche Mitarbeiter des „Hassradios“ wegen Aufwiegelung zum Völkermord und Aufhetzung zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Routes

Seit 1952 (Assisi – Rom) veranstaltet Pax Christi jährlich internationale Wallfahrten. Als Begegnungsmöglichkeit für Jugendliche aus ganz Europa wollen sie der praktischen Völkerverständigung dienen. Ruanda, Völkermord 1994

Der Konflikt in Ruanda und Burundi wird häufig als ethnischer Konflikt dargestellt. In vorkolonialer Zeit waren die Bezeichnungen Hutu und Tutsi aber eher Standesbezeichnungen: Ein zu Viehbesitz und Wohlstand gekommener Hutu konnte in den Tutsi-Stand aufsteigen und umgekehrt. Die Kolonialmächte (Deutschland, später Belgien) betrieben die Polarisierung von Hutus und Tutsis, indem sie die so von ihnen definierte Tutsi-„Ethnie“ mit Privilegien ausstatteten und damit als Verbündeten der kolonialen Herrschaft zu gewinnen.

1957, fünf Jahre vor der Unabhängigkeit, schwenkte die belgische Kolonialpolitik in Ruanda in eine Allianz mit der Bevölkerungsmehrheit der Hutu um, 1959 kam es zu umfangreichen Pogromen und einem Exodus eines Teils der Tutsi-Bevölkerung aus Ruanda. 1973 errichtete Juvenal Habyarimana eine Einparteienherrschaft der Hutu-Partei MRND. Anfang der 90er kam es u. a. durch Verfall der Kaffeepreise zu einer tief greifenden Wirtschaftskrise, während gleichzeitig die von Exil-Tutsis gebildete Rebellen-truppe FPR (Front patriotique de Rwanda) von Uganda aus den ruandischen Staat militärisch bedrohten. Dies führte zu einer zunehmenden Radikalisierung des Habyarimana-Regimes und zur Planung des Völkermordes an den im Lande verbliebenen Tutsi. Entscheidendes Instrument der Aufwiegelung der Bevölkerung und der Durchführung des Mordes an rund einer Million Menschen (neben Tutsis auch gemäßigte Hutus) war die parteieigene Terrortruppe Interahamwe („die zusammen zuschlagen“). Auslöser des Völkermordes war der wahrscheinlich von der FPR zu verantwortende Abschuss der Präsidentenmaschine am 6. April 1994 beim Landeanflug auf Kigali. Der militärische Sieg der FPR, der Zusammenbruch des rwandischen Staates und die Flucht von über zwei Millionen Menschen vor allem nach Zaire markierten das Ende einer der grausamsten Gewaltorgien der Geschichte.

Schuman-Plan

Angesichts des Kalten Krieges drängten die USA Ende der 40er Jahre darauf, Westdeutschland ins westliche Bündnis einzubinden. In Frankreich misstraute man einem wieder mächtig werdenden Deutschland. Darauf entwickelten der französische Außenminister Robert Schuman und Jean Monnet, Leiter des französischen Planungsamtes, 1950 den Plan, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen. Die Idee: wenn die Stahlproduktion gemeinsam kontrolliert wird, kann ein Land nicht unbemerkt aufrüsten. Zugleich wird ruinöse Überproduktion vermieden, und die einstigen Feinde Deutschland und Frankreich sitzen in einem Boot. Mit dem Schuman-Plan wurde der Grundstein für die heutige EU gelegt. Schuman war gebürtiger Luxemburger, hatte in Lothringen gelebt und war dadurch bis 1918 deutscher Staatsbürger gewesen.

Stuttgarter Schuldbekenntnis

Nach dem 2. Weltkrieg erklärte der neu gebildete Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 19.10.1945 in Stuttgart, in Gegenwart von Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen:

„Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Länder und Völker gebracht worden. ... Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. ... Dass wir uns bei diesem neuen Anfang mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, dass durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen, dem Geist der Macht und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann. So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: Veni creator spiritus!“

Das Schuldbekenntnis ermöglichte die Wiederaufnahme der Kontakte mit den christlichen Kirchen der ehemaligen Kriegsgegner.

Zweites Vatikanisches Konzil

Konzil der katholischen Kirche, 1962 – 1965, einberufen von Johannes XXIII. und weitergeführt von Paul VI. Beschlüsse des Konzils betrafen u. a.

- Liturgiereform (Liturgie in Landessprachen statt auf Latein)
- Öffnung gegenüber anderen Religionen und Konfessionen
- Gewissensfreiheit des Einzelnen
- Rolle des einzelnen Gemeindemitglieds, Institutionen
- Verhältnis zwischen Kirche und Staat

